

Der Freisinn

FDP

Nr. 8
August 1983
5. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Innovationsrisikogarantie als Präzedenzfall?

Stilbruch in der Wirtschaftspolitik

In einer marktwirtschaftlichen Ordnung sollte sich die staatliche Wirtschaftspolitik grundsätzlich jeder Strukturlenkung enthalten. Von ihren Massnahmen muss erwartet werden, dass sie marktkonform und damit wettbewerbs- und strukturneutral sind. Wo dieses ordnungspolitische Gesetz durchbrochen wird, kommt es, wie manche Erfahrungen lehren, zu Wettbewerbsverfälschungen, Strukturverzerrungen und Fehlinvestitionen.

In der Schweiz galt bisher stets die Regel, dass der wirtschaftliche Strukturwandel dem Walten des marktwirtschaftlichen Selektionsmechanismus zu überlassen sei, damit die notwendig werdenden unternehmerischen Entscheide in möglichstster Marktnähe den nachfragebedingten Bedürfnissen entsprechen können. Wenn man das Ergebnis dieser Politik insgesamt betrachtet, so ist der Verzicht auf behördliche Firmensubventionierungen und ähnliche künstliche Stützungsmaßnahmen für die schweizerische Wirtschaft vorteilhaft ausgefallen. Der Zwang zu marktgerechter und organischer Anpassung ist so viel eher gegeben, als wenn mit Staatshilfen marktferne Strukturlenkung betrieben wird, wie das in manchen andern Volkswirtschaften geschieht, die interventionistisch verkrustet sind, entsprechend schlechter dastehen und allergrösste Mühe ha-

ben, mit den neuen Entwicklungen und Erfordernissen fertig zu werden.

Mehr als ein Schönheitsfehler

Man sollte daher meinen, für die schweizerische Wirtschaftspolitik bestünde kein Grund, von ihrer marktkonformen Linie abzuweichen. Leider droht nun aber ein Stilbruch, indem auf Betreiben des von Bundesrat Furgler geleiteten Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements eine Bundesgarantie für Risikokapital geschaffen werden soll, mit der einzelnen Firmen bei der Finanzierung von Innovationsprojekten unter die Arme gegriffen würde. Dies ist mehr als nur ein ordnungspolitischer Schönheitsfehler.

Wenn die Bundesverwaltung anfängt zu selektionieren, welche Innovationsvorhaben gefördert und weiterverfolgt werden sollen, wenn sie darüber hinaus damit einzelne Firmen gegenüber an-

dern begünstigt, so mischt sie sich in ureigenste Unternehmernaufgaben ein und verzerrt sie den Wettbewerb in ungehöriger Weise. Dieser direkten Bundeshilfe würden — nach den Annahmen der Expertengruppe des EVD — jährlich etwa fünf bis zwanzig Innovationsprojekte teilhaftig, was natürlich einer krassen Diskriminierung aller übrigen Innovationsvorhaben gleichkäme. Die Auswahl müsste notgedrungen willkürlich sein, da Verwaltungsstellen nicht in der Lage sind, die Verhältnisse in ihrer ganzen Komplexität zu überschauen und zu entscheiden, welche Innovationen förderungswürdig sind. Daran ändert auch der Beizug sogenannter Innovationsberater nichts, auch wenn diese sozusagen amtlich ermächtigt wären, den Unternehmungsleitungen dreinzureden.

Den Anfängen wehren!

Der Markt ist, wie sich tausendfältig erwiesen hat, der viel effizientere Schiedsrichter für eine gerechte und zielkonforme Selektionierung. Er bürgt für Wettbewerbs- und Strukturneutralität und hat damit einen uneinholbaren Vorsprung vor jedem Interventionsmechanismus staatlicher Instanzen. Dies ist eine allgemeingültige wirtschaftspolitische Wahrheit, an der zu rütteln wenig ratsam wäre. Das Projekt der staatlichen Innovationsrisikogarantie muss dahinter zurücktreten. Es darf nicht zu einem Präzedenzfall werden für eine Politik, die vom Pfad der Tugend weitergeführt und in die Experimentierfelder eines unabsehbaren behördlichen Strukturdirigismus abgleitet. Hier muss den Anfängen gewehrt werden.

Parteipräsident Yann Richter zur freisinnigen Frauenpolitik

Plädoyer für Gleichberechtigung — nicht Gleichmacherei

An der Pressekonferenz, an welcher die von der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz verabschiedete Stellungnahme «Freisinnige Frauenpolitik» vorgestellt wurde, gab Parteipräsident Yann Richter ein Plädoyer für die Gleichberechtigung ab. Ebenso deutlich sprach er sich aber gegen Gleichmacherei aus. Nachstehend ein Auszug aus seinem Votum.

Ein liberales Grundanliegen ist die freie Entfaltung des Individuums, ob Mann oder Frau. Beide, Mann und Frau, sind jedoch als soziale Wesen gleichermaßen verantwortlich für die Gestaltung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse. Nach liberalem Verständnis soll auch die Frau ihre Begabung frei und voll entfalten können und soll ihr kein Tätigkeitsfeld verschlossen bleiben, für welches sie sich aus persönlicher Neigung oder Fähigkeit entscheidet. Der volle Abbau aller Rechtsnormen und Gewohnheiten, welche die Frau diskriminieren, ist ein elementares liberales Ziel. Ebenso ist es eine der vornehmsten Pflichten des Gesetzge-

Wege bereinigt werden können. Das erfordert auch Aenderungen von Gesetzen.

Der Auftrag gemäss dem neuen Verfassungsartikel über gleiche Rechte zwischen Mann und Frau richtet sich nach liberaler Ueberzeugung im übrigen nicht nur an den Gesetzgeber des Bundes, sondern auch an jenen der Kantone und Gemeinden. Und wenn der Verfassungstext scheinbar nur den Gesetzgeber anspricht, so müssen selbstverständlich auch die rechtsanwendenden Behörden — Richter, Verwaltung — in ihrem Pflichtenkreis das Geschlechtergleichheitsgebot verwirklichen, sofern das ohne besondere neue Bestimmungen möglich ist.

14. Juni 1981 — ein Markstein

Die eidgenössische Abstimmung vom 14. Juni 1981 ist zweifelsohne der Markstein in der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Zumal die Lage der Frau in den Jahren zuvor, abgesehen von der Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts, von Rechtsänderungen weitgehend unbeeinflusst geblieben ist. Ein paar Revisionen fallen bei gesamtheitlicher Betrachtung nicht ins Gewicht. Nach unserer freisinnigen Auffassung werden wir uns dafür engagieren, dass nicht nur im allgemeinen Bewusstsein,

Fortsetzung auf Seite 4

Nicht vergessen

FDP-Wahlkundgebung

Samstag, 10. September
Burgdorf

(Detailprogramm und Anmeldetalon Seite 5!)

bers, die Rechtsgleichheit als Grundprinzip für die Beziehungen von Mensch und Staat unantastbar zu garantieren.

Priorität: Freiwillige Weiterentwicklung

Gleichzeitig sind wir Freisinnigen der Ueberzeugung, dass dieses Ziel in einer freiheitlichen Gesellschaft in erster Linie auf dem Wege der freiwilligen Weiterentwicklung erreicht werden muss. Durch freie Ueberzeugung in der Familie, in den Betrieben, in den politischen Behörden — überall da, wo die Entfaltungsmöglichkeiten der Frauen (noch) eingeengt sind. Die Rechtsetzung muss in jenen Fällen in Funktion treten, wo diskriminierende Tatbestände nicht auf freiwilligem

Sparen?
Dann zur
SKA.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA



Die am 19. September beginnende Herbstsession wird für den freisinnigen Ausserrhoder Standesherrn Dr. Hans Ulrich Baumberger (links) die letzte sein: Auf Ende der Legislaturperiode hat er seinen Rücktritt bekanntgegeben. Den eidgenössischen Räten gehört der 51-jährige seit 1971 an, vorerst — bis 1975 — als Mitglied der grossen Kammer, seither sitzt er im «Stöckli». Für eine weitere Amtsdauer kandidiert Edouard Debétaz (fdp., VD), gegenwärtig Vizepräsident der kleinen Kammer (Mitte). Ständerat Baumberger ist im Gespräch mit Bundesrat Schlumpf; gemäss den Dossiers (Gesamtenergiekonzeption) beim Mitglied der Landesregierung standen im Zeitpunkt der Aufnahme im Ständeratssaal Energiefragen zur Diskussion. (Photo ruti)

Liste der hängigen Geschäfte in den eidgenössischen Räten

- Nationalrat**
- 1. Begonnene Geschäfte**
11. Pendenzen im Prioritätsrat
Pa. Iv. Familienpolitik
Wust (Energiebesteuerung)
Pa. Iv. Institut für Konfliktforschung
Pa. Iv. Verantwortlichkeit von Presse, Radio und Fernsehen
Krankenversicherung, Teilrevision
Genossenschaft für Getreide und Futtermittel. BG
Uno. Beitritt der Schweiz
Iv. Kt. Genf. Schutz der Mutterschaft
Pa. Iv. Schutz der politischen Demokratie
Pa. Iv. Gesetz über die politischen Rechte. Revision
Iv. Kt. Luzern. Durchgangsbahnhof Luzern
Eidg. Technische Hochschulen. Bauverhaben
Zivilschutz. Zwischenbericht
Hochschulförderung. Kredite
Rüstungsprogramm 1983
Aktienrecht
Transportgesetz
Militärorganisation. Teilrevision
- 12. Pendenzen im Zweitrat**
Iv. Kt. Graubünden. Elektrizitätswerke. Steuerauscheidung
Kartellgesetz. Revision
Bundesverfassung (Radio- und Fernsehartikel)
Bund und Kantone. Neuverteilung der Aufgaben
Kernkraftwerk Kaiseraugst. Rahmenbewilligung
ZGB. Persönlichkeitsschutz
Zivildienst. Volksinitiative
- 13. Behandlung im Zweitrat**
- Ausgleich der kalten Progression
Euratom. Zusammenarbeit
Flughafen Genf. Kontrollturm. Zusatzkredit
Wissenschaftliche Forschung. Beiträge 1984-1987
Militärische Bauten und Landerwerb
AHV/IV für Ehefrauen von Schweizern im Ausland
Pa. Iv. Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung. Aenderung
- 14. Differenzen**
Umweltschutzgesetz
Radio- und Fernsehen. Beschwerdeinstanz
- 15. Schlussabstimmungen**
Forschungsgesetz

- 2. Neue Geschäfte**
- 21. Beide Räte**
Aussenwirtschaftspolitik. 21. Bericht
Gebrauchszolltarif. 37. Bericht
Bundesanleihen. Aufnahme
StGB (Jugendmassnahmenvollzug). Fristverlängerung
- 22. Prioritätsrat**
Pro Helvetia. Beiträge 1984-1987
Unlauterer Wettbewerb. Bundesgesetz
Doppelbesteuerungsabkommen mit Frankreich
Uno. Umweltfonds
Sihlthal-Zürich-Uetlibergbahn. Konzession
Asylgesetz. Aenderung
Allgemeine Kreditvereinbarungen. Beitritt
- 3. Motionen im Zweitrat**
Video-Filme. Vertrieb
Transitschwerverkehr im Kanton Uri
- 4. Initiativen**
Mitbestimmung der Arbeitnehmer
Mitbestimmung der Arbeitnehmer
Persönlichkeits- und Datenschutz. Bundesverfassung
Persönlichkeits- und Datenschutzgesetz
Schulkoordination

BV = Bundesverfassung, BG = Bundesgesetz, Iv. = Initiative, Pa. Iv. = Parlamentarische Initiative, ZGB = Zivilgesetzbuch, StGB = Strafgesetzbuch

- Bundesverfassung. Presseförderung
Parlamentsreform
Geschäftsreglement des Nationalrates
Bürgerrecht für Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater
Mitwirkungsgesetz
Schwangerschaftsabbruch
Strassenverkehrsgesetz. Geschwindigkeitsbeschränkung
Teilzeitarbeit. Gesetzliche Regelung
Streikrecht
Landwirtschaftsgesetz. Aenderung
Bodenrecht
Sprachliche Minderheiten
- Ständerat**
- 1. Begonnene Geschäfte**
11. Pendenzen im Prioritätsrat
Erbstiftungsabkommen mit Schweden
Landwirtschaftliche Pacht. BG
Internationales Privatrecht. Bundesgesetz
BV (Koordinierte Verkehrspolitik)
Iv. Kt. Baselland. Invalidenversicherung. Revision
Iv. Kt. Baselland. Abstimmungsverfahren bei Volksabstimmungen mit Gegenorschlag
Pa. Iv. Richtlinien zur Regierungspolitik
Zukunft ohne weitere Atomkraftwerke. Volksinitiative
Truppenordnung. Aenderung
Recht auf Leben. Volksinitiative
Rüstungspolitik. Richtlinien
- 12. Pendenzen im Zweitrat**
Konsumkreditgesetz
Pa. Iv. Parlamentsreform
Pa. Iv. Strassenverkehrsgesetz. Wohnquartiere
Grundstückwerb durch Ausländer und Ausverkauf der Heimat. VI
Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative
- 13. Behandlung im Zweitrat**
Ferien. Volksinitiative und Revision
Obligationenrecht
Arbeitslosenversicherung. Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland
Internationale Arbeitskonferenz. 67. Tagung
Stipendien an Ausländer
Soziale Sicherheit. Abkommen mit Dänemark
Doppelbesteuerungsabkommen mit Sri Lanka
- 14. Differenzen**
ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht
- 15. Schlussabstimmungen**
Forschungsgesetz

- 2. Neue Geschäfte**
- 21. Beide Räte**
Bundesanleihen. Aufnahme
StGB (Jugendmassnahmenvollzug). Fristverlängerung
Aussenwirtschaftspolitik. 21. Bericht
Gebrauchszolltarif. 37. Bericht
- 22. Prioritätsrat**
Jagd und Vogelschutz. Bundesgesetz
Internationale Arbeitskonferenz. 68. Tagung
Steuerharmonisierung. Bundesgesetz
Stärkung der Wirtschaft. Massnahmen II
Europäische Sozialcharta
Energieversorgung. Volksinitiative
Iv. Kt. Basel-Stadt. Invalidenversicherungsgesetz. Revision
- 3. Motionen im Zweitrat**
Wirtschaftlich bedrohte Regionen. Massnahmen.
- 4. Initiativen**
Nationalstrassengesetz. Fuss- und Wanderwege
Geschäftsreglement des Ständerates. Ergänzung
Richtlinien zur Regierungspolitik

BV = Bundesverfassung, BG = Bundesgesetz, Iv. = Initiative, Pa. Iv. = Parlamentarische Initiative, ZGB = Zivilgesetzbuch, StGB = Strafgesetzbuch



FDP verlangt weitergehende Sparanstrengungen

Zustimmung zum Anschlussprogramm

Die Sparmassnahmen 1983 (Anschlussprogramm) erachtet die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) als taugliche Massnahme für eine Bereinigung im Subventionswesen des Bundes. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, sollten sie als Gesamtpaket den eidgenössischen Räten unterbreitet und von diesen verabschiedet werden. Die FDP erachtet jedoch die anvisierten Einsparungen als Minimum: Der Sparauftrag ist damit nicht erledigt, die Bemühungen zu einer Ausgabendisziplinierung sind fortzuführen, zumal die Sparmassnahmen 1983 nur einen Teil der Bundesleistungen umfassen. Auch in anderen Sektoren drängt sich für die FDP eine konsequente Durchforstung im Sinne des haushälterischen Umganges mit den Steuermitteln auf.

Zustimmung finden bei der FDP auch die übrigen Zielsetzungen des Spar-

schlussprogrammes: Entlastung vor allem im Transferbereich, Abbau ineffizienter Bundeshilfen (Strukturereinigung im Subventionswesen, Abbau von Bagatellsubventionen), gezielte Kürzungen, die zu einer einfacheren Administration und damit zu Einsparungen im Personalbereich führen. Gutgeheissen wird auch die Absicht, die Kantone höchstens im Umfange des geltenden linearen Kürzungsprogrammes zu belasten und den Einbau eines Finanzausgleichs vorzusehen.

In Anbetracht der politischen Kräfte- und Interessenverhältnisse spricht sich die FDP gegen eine Aufschüpfung des Massnahmenpaketes aus, die folgenreichere Auswirkungen bezüglich der Erreichung der gesetzten Ziele haben könnte. Werden Aenderungen vorgenommen, so sollte nach Auffassung der Partei die finanzielle Unterstützung des Schweizerischen Verbandes für Berufsberatung als halbstaatli-

«Vollamtlich bin ich kantonaler Beamter nun seit zwei, im Nebenamt war ich es während rund zwanzig Jahren. Es dürfte in meiner Gilde nicht eben viele geben, deren Arbeitstag im Morgengrauen beginnt und nicht selten an die sechzehn Stunden dauert. Aber die Natur, die zu schützen meine Aufgabe ist, lässt eben keine Arbeitszeitverkürzung zu. Ganz abgesehen davon, dass mir meine Tätigkeit gefällt und ich sie - bis auf das zu wohl gerüttelte Mass an Papierkrieg - sinnvoll finde. Mitglied der Liberalen Volkspartei* bin ich seit Ende der frühen fünfziger Jahre. Dabei war mein Vater ein Erzkonservativer! Aber der Zwang, dem er damals oft unterworfen war, hat mich immer gestört. Ich mag eine Partei, die mich nicht an zu kurzer Leine hält. Und eine, die sich auch - wie die Abgasregelung bestätigt - für Umweltschutzelange in die Schanzen schlägt. Denn die ganze Umweltproblematik lässt sich nicht einfach mit einem breiten grünen Pinsel übertünchen. Zu ihrer Lösung braucht es die tatkräftige Politik einer glaubwürdigen Partei.»

Josef Schnyder, 61jährig, verheiratet und Vater einer Tochter und zweier Söhne, betreut von seinem Wohnort Vorderthal im schwyzerischen Wägital



Ich bin Wildhüter und freisinnig

*so heisst die FDP im Kanton Schwyz



aus den ganzen riesigen Bezirk March als Wildhüter und Pflanzenschützer. Er ist Holzkooperationspräsident, Kantonsrat und hat seiner Gemeinde zwölf Jahre als Gemeinderat - davon zwei als Präsident - gedient.

Wie Josef Schnyder sind wir Freisinnigen der Ansicht, dass alle Schweizer die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes erhalten und für einen glaubwürdigen Natur- und Heimatschutz eintreten müssen. Vom Umweltschutz reden genügt nicht - jeder muss etwas dafür tun. Lesen Sie die «Schwerpunkte freisinniger Politik» - wir senden Ihnen diese Broschüre gerne gratis zu. Postkarte genügt.

Generalsekretariat FDP der Schweiz
Postfach 2642, 3001 Bern

che Organisation beibehalten werden. Ebenso sollten in diesem Falle die Bundesbeiträge an die klinische Krebsforschung weiterhin geleistet werden, zumal zwischen diesem Streichungsantrag und den jüngsten Beschlüssen des Ständerates zur Krebsforschungsförderung ein Widerspruch besteht. Bei einer Aufschüpfung des Paketes wäre nach Meinung der FDP auch die undifferenzierte Streichung der Bundesbeiträge an die Turn- und Sportverbände zu überprüfen. Nicht einverstanden ist die Partei mit der Spar-Zielvorgabe an die SBB; sie plädiert für einen Sparauftrag in der Grössenordnung, wie er im Bericht Hayek als möglich präsentiert wird.

Tempo 50 die Regel

FDP jedoch für massvolle Differenzierung

Zustimmung findet Tempo 50 innerorts bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), da damit die Zahl wie auch die Schwere von Unfällen vermindert werden können. Wie die Partei in ihrer Vernehmlassungsantwort festhält, erwartet sie eine massvolle Differenzierung auf 60 Stundenkilometer, eventuell mehr, auf vortrittsberechtigten Innerortsstrecken bei Dorf- und Stadteinfahrten, sofern dies die Verkehrssicherheit, das Erscheinungsbild und der Ausbaugrad der Strasse zulassen. Eine Minderheit im FDP-Verkehrsausschuss sprach sich für Beibehaltung von Tempo 60 aus.

Ihre Haltung begründet die FDP mit der Tatsache, dass sich die Versuche mit Tempo 50 positiv auf das Unfallgeschehen - namentlich für Fussgänger - ausgewirkt haben. Deshalb soll eine herabgesetzte Innerortslimite für die Schweiz festgelegt werden mit Tempo 50 in der Regel. Von einer massvollen Differenzierung nach oben erwartet die FDP eine Verbesserung des Beachtungsgrades, des Verkehrsklimas und dadurch eine zusätzliche Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Gegen unnötige Tierversuche

FDP für Einschränkung im Rahmen des Tierschutzgesetzes

So wenig Tierversuche wie möglich, jedoch so viele wie nötig - dies ist der Grundtenor der Vernehmlassungsantwort der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) zur Initiative «für die Abschaffung der Vivisektion», mit der jegliche Tierversuche verboten werden sollen. Die Partei lehnt das Begehren ab, weil sie dem Gedanken nicht folgen kann, das Tier dem Menschen gleichzusetzen oder ihm gar überzuordnen, und weil Tierversuche unumgänglich sind. Sie spricht sich jedoch dafür aus, dass auf unnötige Tierversuche verzichtet wird und eine Verbesserung der nicht in allen Teilen befriedigenden gegenwärtigen Situationen bereits nach dem geltenden Tierschutzgesetz realisiert werden könnte.

Die FDP zeigt in ihrer Stellungnahme die Konsequenzen eines Verbots von Tierversuchen in der Schweiz auf. Einerseits würden diese in der Folge im Ausland durchgeführt, wobei die in der Schweiz geltenden strengen und weithin als vorbildlich betrachteten tierschützerischen Vorschriften hinfällig würden, und andererseits könnte der Schutz des Menschen als Patient und Konsument nicht mehr im gleichen Umfange gewährleistet werden. Auswirkungen hätte ein Verbot auch auf die Lehr- und Forschungstätigkeit an den Universitäten wie auch auf die chemisch-pharmazeutische Industrie, wo sowohl Arbeitsplätze wie die Stellung der Schweiz als Exportland medizinischer Produkte gefährdet würden.

Möglichkeiten zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation sieht die FDP vorab in einer konsequenten Anwendung des geltenden Tierschutzgesetzes. Daneben spricht sie sich dafür aus, dass auf überflüssige Wiederholungen von Tierversuchen verzichtet und eine bessere Koordination von Tierversuchsergebnisse ange-

strebt wird. Dazu gehört auch, dass grenzüberschreitend Dokumentationen über tierversuchsgeprüfte Produkte von den Behörden des Importlandes anerkannt werden.

Für Lockerung des Spielbankenverbots

Stellungnahme des FDP-Tourismusausschusses

Für eine Lockerung des Spielbankenverbots gemäss Artikel 35 der Bundesverfassung spricht sich der Ausschuss für Tourismus der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) aus. Er pflichtet damit Vorschlägen einer vom Schweizerischen Fremdenverkehrsverband (SFV) eingesetzten Arbeitsgruppe zu. Danach sollen die im Ausland üblichen Glücksspiele auch in der Schweiz zugelassen werden, wobei die Zahl der Casino-Säle sowie die Zutrittsmöglichkeiten zu limitieren sind. Vom Bruttospieleertrag ist eine Abgabe zu entrichten, die hälftig dem Bund und den Kantonen zufließen soll und die für gemeinnützige Zwecke sowie zur Förderung des Fremdenverkehrs und des Breiten- und Jugendsports zu verwenden ist.

Das von Marco Solari, Direktor des Tessiner Verkehrsvereins, geleitete Gremium liess sich bei seinem Entscheid vor allem von der Tatsache leiten, dass einerseits die Schweizer jährlich einige hundert Millionen Franken in den grenznahen Casinos im Ausland ausgeben und andererseits die Kursäle in der Schweiz mit der Limitierung des Maximizeinsatzes auf fünf Franken für Touristen zu wenig attraktiv sind. Zudem werden von einer Lockerung des Spielbankenverbots touristische Impulse erwartet. Gleichzeitig wird der unerwünschten Ansiedlung ausländischer Spielbanken unmittelbar an der schweizerischen Landesgrenze ein Riegel geschoben.

Mit seiner Befürwortung der Lockerung des Spielbankenverbots will der Ausschuss nicht das Glücksspiel fördern. Doch erachtet er es als widersprüchlich, wenn für einzelne Glücksspiele eine finanzielle Begrenzung nach oben besteht und für andere nicht (Toto, Lotto usw.). Als ebensowenig sinnvoll erachtet er es, wenn die Spielbankenabgaben dem ausländischen und nicht dem einheimischen Fiskus zugute kommen oder gar durch den Staat die Flucht in die Illegalität gefördert wird. Im übrigen kann es nicht Aufgabe des Staates sein, erwachsene Bürger moralisch zu bevormunden.

Notwendig, aber Beschränkung auf das Praktikable

Die FDP zum Entwurf für ein Statistikgesetz

Auf wenig Begeisterung ist der Entwurf zu einem Statistikgesetz bei der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) gestossen. In ihrer Vernehmlassungsantwort verlangt die Partei, dass die Vorlage neu überdacht und dabei gestrafft wird. Sie regt einen Zweckartikel an, der festlegt, wozu die Angaben verwendet werden. Sie erwartet Präzisierungen und Abgrenzungen sowie die verstärkte Beachtung des Gesichtspunktes der Praktikabilität. Schliesslich fordert die FDP umfassendere Datenschutzgarantien sowie eine gesetzliche Verankerung des Rechtsschutzes.

Die FDP anerkennt die Notwendigkeit, die veralteten und zersplitterten Rechtsgrundlagen der amtlichen Statistik des Bundes zu bereinigen und zu verbessern. Sie hält es jedoch nicht für angebracht, dass neu die Befugnis zur Anordnung von statistischen Erhebungen ausschliesslich dem Bundesrat überlassen wird und das Parlament nur noch über die Kenntnisnahme der Mehrjahresprogramme an der Entwicklung der eidgenössischen Statistik beteiligt ist.

... sind nicht die Kinder von Hameln

Die Taktik ist nicht neu: Man lanciert eine Volksinitiative, deren Gehalt so masslos ist, dass sie mit Bestimmtheit vom Volk abgelehnt werden dürfte. Gleichzeitig aber setzt man alles daran, dass ein Grossteil der Forderungen auf dem Gesetzeswege verwirklicht wird.

Im Falle der Bankeninitiative der SPS scheint dieses Spielchen aber nicht geklappt zu haben. Denn die harschen Töne, die die SPS zum Entwurf für ein revidiertes Bankengesetz anschlug, lassen auf eine Enttäuschung schliessen, die die Linkspartei zum argen «Täubelen» verführte. Eine «neue Kommission» wird gefordert. Nichts sei von den Forderungen der Bankeninitiative übernommen worden (was nicht stimmt), von einem «üblichen taktischen Spiel» ist die Rede usw. usf.

Im Klartext bedeutet die SPS-Schelte offensichtlich, dass ihr nur solche Experten genehm sind, die unbesehen sozialdemokratische Forderungskataloge übernehmen. Man mag ob so viel Arroganz befremdet sein; gleichzeitig stellt man jedoch fest, dass auch hier - wie so oft - Arroganz und Dummheit Geschwister sind. Wenn etwa die SP in ihrer Initiative die Bankenbeteiligung an bankfremden Unternehmen praktisch verunmöglichen will und diese Forderung nun auch im Bankengesetz verankert sehen möchte, so ist sie willens, Sanierungsmassnahmen künftig zu verunmöglichen. Die Uhrenarbeiter, deren Arbeitsplätze von den Banken mit einem immensen finanziellen Aufwand gesichert werden, dürfen froh sein, dass sich diese Interessen vertritt, bis heute noch nicht durchsetzen konnte.

Stellt sich die Frage, ob wirklich nur Arroganz und Dummheit dahinterstecken oder nicht ein geradezu skrupelloses Kalkül. Solange es der Schweiz trotz wirtschaftlich härteren Zeiten relativ gut geht, solange die freie Wirtschaft in der Lage ist, sich gegenseitig auch in wirtschaftlichen Sturmzeiten Stütze zu sein, so lange hat der Klassenkampf keine Chance. Macht also kaputt, was unser System trägt, um sich dann mit einem andern System als Retter anzupreisen. Diese verwerfliche Taktik dürfte aber nicht aufgehen. Denn die Schweizer Arbeiter sind nicht die Kinder von Hameln, die sich durch falsche Locktöne ins Verderben ziehen lassen. Argus

Die neue Präsidentin des BSF zu ihrer Aufgabe

«Weiter aufbauen»

Im Frühjahr dieses Jahres wählte die Delegiertenversammlung des Bundes schweizerischer Frauenorganisationen (BSF), dem über 200 Organisationen mit 390 000 Mitgliedern angeschlossen sind, die 44jährige Juristin Dr. Lisa Bener zur neuen Präsidentin. «Der Freisinn» sprach mit ihr, die während einiger Jahre auch der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz angehörte, über ihre Aufgaben und jene des BSF.

Welches sind die Hauptanliegen des BSF?

Die Integration der Frauen in alle Lebensbereiche durch Mitarbeit in privaten und in öffentlichen Gremien auf der nationalen und internationalen Ebene ist das Hauptanliegen des BSF. Damit will er seinem in den Statuten festgelegtem Zweck gerecht werden: «Hebung der Stellung der Frau im allgemeinen.»

Braucht es nach der politischen und rechtlichen Gleichstellung der Frau mit den Männern überhaupt noch einen BSF?

Theorie und Praxis erweisen sich auch in diesem Zusammenhang als zweierlei: Auf die Bundesverfassung und auf weite Teile der Gesetzgebung trifft zwar die Voraussetzung zu, von der die Frage ausgeht. Es braucht aber keine besonderen Nachforschungen, um festzustellen, dass die Gleichstellung im täglichen Leben bei weitem noch nicht erreicht ist. Der BSF hat somit seine Kräfte nach wie vor in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.

Wann wurde der BSF gegründet? Was führte dazu? Wie entwickelte er sich in den letzten Jahren?

Weitblickende Frauen gaben sich Ende des letzten Jahrhunderts Rechenschaft darüber, dass sie ihre Anstrengungen koordinieren mussten, wollten sie ihre Ziele auf Bundesebene erreichen. Deshalb gründeten diese Pionierinnen (von Mülinen, Vidart, Duvillard und Boos) am 26. Mai 1900 den Bund schweizerischer Frauenvereine. Im Verlaufe der Jahre war eine erhebliche «Zuwachsrate» zu verzeichnen, die als positiv zu werten ist, soweit sie Anzahl und Vielfalt der angeschlossenen Verbände und Vereine betrifft. Die Grenzen der Belastbarkeit erreichen demgegenüber als ergebnis Arbeitsanfall nach wie vor mit unveränderten Mitteln bewältigt werden soll.

In der breiten Öffentlichkeit ist der BSF wenig bekannt. Worauf führen Sie das zurück?

In dieser Hinsicht teilt der BSF möglicherweise das Schicksal ähnlicher Verbände und unzähliger Individuen, die in unserer auf Marktschreierium bedachten Zeit nicht in rascher Folge Schlagzeilen liefern.

Wo steht der BSF politisch? Seinen Satzungen entsprechend ist der BSF auf föderalistischer

Grundlage aufgebaut, parteipolitisch unabhängig und konfessionell neutral.

Ist der BSF in den eidgenössischen Räten vertreten?

Die Vermutung liegt nahe, dass alle eidgenössischen Parliamen-



Dr. iur. Lisa Bener-Wittwer, 1939 geboren, verheiratet, wohnhaft in Chur. Schulen im Tessin, England-Aufenthalt, Jus-Studium in Genf, Anwältin. Tätigkeit an Gericht, bei Patentanwälten, in Handelsunternehmung, als Untersuchungsrichterin und Gerichtsschreiberin. Selbständige Berufsausübung seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. 1973 bis 1979 Mitglied der freisinnigen Fraktion des Bündner Grossen Rates.

tarierinnen durch ihre Zugehörigkeit zu einer oder mehreren Organisationen mit dem BSF verbunden sind; mehrere von ihnen sind auch Einzelmitglieder des BSF.

Wie macht der BSF seinen Einfluss in der eidgenössischen Politik geltend?

Der BSF ist um die sachliche Vertretung seiner Anliegen in den Vernehmlassungsverfahren bemüht, in die er einbezogen wird. Ueber die Mitglieder, die er für ausserparlamentarische Kommissionen in Vorschlag bringen kann, besteht eine weitere Möglichkeit der Mitwirkung. Nach wie vor werden schliesslich in direktem Kontakt mit den zuständigen Stellen Anliegen vertreten und Anregungen unterbreitet, die nach Massgabe der Erhebungen bei den angeschlossenen Verbänden und Vereinen auf der Bundesebene zu behandeln sind.

Ist er auch auf kantonaler Ebene tätig?

Die entsprechenden Zusammenschlüsse auf kantonaler Ebene sind die Frauenzentralen, in deren Tätigkeit der BSF sich nicht einzumischen hat. Eine möglichst intensive Zusammenarbeit wird hingegen angestrebt.

Wie steht der BSF zu den sogenannten neuen Frauenorganisationen?

Der BSF hat sich in den Beziehungen nicht nur mit seinen Mitgliedern, sondern auch zu Dritten an die geltenden Satzungen zu halten. Auf die konkrete Frage bezogen heisst dies, dass er das Wirken anderer Organisationen begrüsst und unterstützt, soweit es sich hinsichtlich Zielsetzung und Mittel im Rahmen rechtsstaatlicher Gegebenheiten abwickelt und sofern es mit den bereits gefassten internen Beschlüssen in Einklang steht.

Welches ist das Sprachrohr des BSF intern, und wie äussert er sich gegenüber der Öffentlichkeit?

Interne Mitteilungsblätter informieren die Mitglieder über die

laufenden Geschäfte, wenn nicht die vertiefte Auseinandersetzung mit einer Zeitfrage im Rahmen einer Delegiertenversammlung oder einer Präsidentinnenkonferenz stattfindet. Regelmässig wird sodann im «Schweizer Frauenblatt = mir Fraue» über Aktuelles berichtet, und es werden Stellungnahmen in Form von Communiqués an die Massenmedien weitergegeben. Einen Rückblick und die jeweilige Bilanz enthält schliesslich der Jahresbericht, der allen Mitgliedern zusteht und auch weitem interessierten Kreisen zugänglich gemacht wird.

Wie wird man Präsidentin des BSF?

Der Entscheid liegt bei der Delegiertenversammlung. Einen eigentlichen «Lehrgang» gibt es hier ebensowenig wie für Magistratspersonen!

Weshalb haben Sie diese Aufgabe übernommen? Wollen Sie etwas verändern? Und wenn ja, was? Und wenn nein, warum nicht?

Ob und was sich in den kommenden Jahren ändern wird, hängt nicht so sehr von meinen Vorstellungen als vom politischen Willen der Mitglieder ab. Es entspricht meiner Ueberzeugung, dass weiter aufzubauen ist auf dem, was die Vorkämpferinnen für die Gleichstellung erreicht haben, und ich stelle fest, dass es allenthalben viele tüchtige und einsatzfreudige Frauen gibt, die nicht zögern, ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Deshalb wünsche ich mir die Bereitschaft — von Männern und Frauen —, diese Tatsache unbefangen zu Kenntnis zu nehmen und danach zu handeln.

Wohin führt die Präsidentin Dr. Lisa Bener die BSF?

So man mit Blick auf die Statuten überhaupt von einem «Führen» der Präsidentin sprechen darf: Weiter auf dem Weg der tatsächlichen Gleichstellung und der unvoreingenommenen gegenseitigen Anerkennung von Männern und Frauen.



Lieber Leser

Drei Schwerpunkte kennzeichnen die vorliegende «Freisinn»-Nummer, die bereits ganz im Zeichen der bevorstehenden eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober steht:

● An einer Pressekonferenz in Bern stellte die Partei die auf Grund der am Parteitag Anfang Mai in Weinfelden geführten Debatten überarbeiteten «Zielsetzungen 83/87» vor. Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Präsident der Programmkommission, nahm bei diesem Anlass auch Stellung zu einigen Kommentaren in den Medien, die durch die Weinfelder Aussprache provoziert wurden. Sie finden seine Stellungnahme auszugswise auf Seite 6. Am gleichen Anlass erläuterte Nationalrat Ulrich Bremi die «Schwerpunkte freisinniger Politik». Seinen Kommentar dazu können Sie ebenfalls auf Seite 6 lesen. Die «Zielsetzungen 83/87» sowie die «Schwerpunkte freisinniger Politik» wurden zusammen mit den am Parteitag 1982 in Liestal verabschiedeten «Grundsätzen des modernen Liberalismus» in einer Broschüre mit dem Titel «Dazu stehen wir» publiziert, die Sie mit dem Talon auf Seite 3 bestellen können.

● Ebenfalls an einer Pressekonferenz in Bern wurde die freisinnige Stellungnahme zur Frauenpolitik vorgestellt. Sie fand, was auf Grund von hochgespielten «Fällen» nicht überrascht, ein breites Echo. An dieser Veranstaltung äusserte sich Parteipräsident Yann Richter auch zum Verhältnis Freisinn und Frauen. Seine Ausführungen können Sie auf Seite 1 lesen. Die Vizepräsidentin der FDP der Schweiz, Dr. Regula Frei-Stolba, erläuterte an der Pressekonferenz die FDP-Stellungnahme, und Nationalrätin Geneviève Aubry äusserte sich aus ihrer Sicht (Seite 4). Die Stellungnahme können Sie mit dem Talon auf Seite 4 bestellen.

● Dritter Schwerpunkt dieser «Freisinn»-Nummer ist der Aufruf zur Wahlkundgebung der FDP der Schweiz am 10. September in Burgdorf. Vor vier Jahren versammelten sich 1000 Freisinnige in Brunnen. Ein Erfolg, der uns ermutigte, auch in diesem Wahljahr wiederum eine Wahlkundgebung durchzuführen. Wir hoffen, dass möglichst viele Freisinnige, trotz ihrer Abneigung gegenüber Grossveranstaltungen und ihrem Hang zum Individualismus, den Weg nach Burgdorf finden werden. Den Anmeldetalon finden Sie auf Seite 5.

Weitere Beiträge runden diese Ausgabe ab. Wir empfehlen Ihnen diese ebenso Ihrer Beachtung.

Hans Rudolf Leuenberger
Hans Rudolf Leuenberger

Gute Bauideen reifen wie Früchte. Aber sie fallen nicht einfach vom Baum.

Denn Gesamtkonzepte für Industrie- und Verwaltungsbauten müssen schrittweise erarbeitet werden. Als Generalplaner integrieren wir alle massgebenden Randbedingungen in ein wirtschaftliches, funktionsfähiges Projekt. Als Generalunternehmer übernehmen wir die schlüsselfertige Ausführung mit garantiertem Kostendach. Damit Sie später die Früchte ernten können.

Geilinger AG Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/22 74 34
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/31 17 31

GEILINGER

Dazu stehen wir

Grundsätze des modernen Liberalismus

Schwerpunkte freisinniger Politik

Zielsetzungen 83/87



«Dazu stehen wir» — die neue Broschüre der FDP der Schweiz ist erschienen. Sie enthält neben den «Grundsätzen des modernen Liberalismus», die am 30. April 1982 von der ordentlichen Delegiertenversammlung in Liestal verabschiedet wurden, die «Zielsetzungen 83/87», die an der ordentlichen Delegiertenversammlung dieses Jahres am 6./7. Mai in Weinfelden gutgeheissen wurden, sowie die «Schwerpunkte freisinniger Politik», die auf den «Zielsetzungen 83/87» fussen.

Bitte senden Sie mir die Broschüre «Dazu stehen wir» zu. Gratis.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Wohnort

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Planen bauen pflegen
GRÜN statt Grau durch
boesch
Gartenbau
01 53 04 80

Fortsetzung von Seite 1

sondern auch im Recht dem Gleichheitsgebot Nachachtung verschafft wird.

Dabei gehen wir vom Grundsatz aus, dass Gleichberechtigung nicht Gleichmacherei bedeutet. Wir wollen partnerschaftliches Denken und Handeln von Mann und Frau fördern. Nur wenn es gelingt, vom geschlechtsspezifischen Rollendenken wegzukom-

In einem Lesebuch für Sechstklässler werden insgesamt 118 Männer und 32 Frauen erwähnt. Die Berufe der Männer sind: Direktor, Lehrer, Polizeiwachtmeister, Bauer, Kapitän, Pilot, Richter, Arbeiter, Kaufmann, Arzt etc. Die Berufe der Frauen: Zeitungsausträgerin, Dienstmädchen, Putzfrau, Köchin, Bäuerin, Serviertochter, Stewardess, Bürofräulein, Ladentochter, «Mutter». Ein kleines Beispiel über das Weiterwirken aller Rollenklischees. Hier illustriert an einem Beispiel aus dem Bereich Erziehung und Bildung. Andere liessen sich problemlos und zahlreich anfügen.

men, lässt sich eine solche Partnerschaft verwirklichen. Wenn unterschiedliche Werte und Eigenschaften nicht mehr typisch «weiblich» respektive typisch «männlich» eingestuft werden, sondern als Eignung und Neigung des Individuums anerkannt werden, heben wir die Polarisierung zwischen den Geschlechtern auf.

Es gibt «Frauenfragen»

Für uns Freisinnigen gibt es «Frauenfragen». Das sind Fragen, die die Frauen stärker oder anders betreffen als die Männer. Die «Frauenfrage» durchzieht alle gesellschaftlichen Probleme. Wenn wir Freisinnigen uns als Liberale für die Gleichberechtigung einsetzen, geht es uns nicht um Nivellierung. Wir wehren uns entschieden gegen die weitverbreitete Meinung, Frauen seien nicht nur von Männern verschieden, sondern diesen auch unterlegen. Wir wollen keine Kraftmeierei. Wir wollen aber auch nicht alles über den gleichen Leisten schlagen. Es

gibt Aufgaben, denen in aller Regel Männer besser gewachsen sind, während die Erfüllung anderer Obliegenheiten den Frauen weniger Mühe bereiten.

Im Wissen um die Vielfalt der individuellen Lebensgestaltung stellt sich eine liberale Frauenpolitik nicht gegen die traditionellen Formen des Frauenlebens, die das Hauptgewicht auf die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter legen. Liberale Frauenpolitik wendet sich aber auch nicht gegen neue Formen der Lebensführung. Sie begrüsst vielmehr den Reichtum an Wahl- und Entfaltungsmöglichkeiten, die den Frauen heute offenstehen. Ein klares Nein setzen wir aber aus liberaler freisinniger Sicht jenen Bestrebungen entgegen, die sich gegen eine harmonische Entwicklung der Gesellschaftspolitik stellen. Diese darf nicht mit Systemveränderungen, die das liberale Wertesystem ablösen möchten, verwechselt werden.

Frauen, Freisinn, «Fälle»

Das Thema Frauen und Freisinn ist in den letzten Wochen und Monaten in den Medien in verschiedenartigster Form abgehandelt worden. Es war viel die Rede von «Fällen». Dass es in den Medien, aber auch in der Partei zu Missverständnissen gekommen ist, möchte ich nicht verheimlichen.

Wir Freisinnigen sind Individualisten, als Frauen und Männer. Der Standpunkt des Einzelnen kommt mithin deutlicher zum

Frauen in der Bundesversammlung nach Parteizugehörigkeit

Nationalrat	
FDP	8
SP	7
CVP	2
LdU	1
POCH	1
SVP	—
Lib.	—
EVP	—
Ständerat	
SP	2
Lib.	1
CVP	1

(Die FDP stellte 1971 mit Lise Girardin, GE, die erste Ständerätin)



Die FDP-Frauenthesen wurden an einer Pressekonferenz in Bern vorgestellt. Daran nahmen von seiten der FDP der Schweiz teil (v. l. n. r.): Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger; Alice Moneda, Beauftragte für Frauenfragen beim Schweizerischen Kaufmännischen Verband; Dr. Regula Frei-Stolba, Vizepräsidentin der FDP der Schweiz und seit Anfang Juni auch Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung der Freisinnig-Demokratischen Frauen; Parteipräsident Yann Richter; Nationalrätin Geneviève Aubry, Präsidentin der FDP-Studiengruppe «Frau und Politik», sowie Dr. Stéphanie Mörkofer-Zweiz. (Photo ru)

Ausdruck als der Wille der Gruppe. Niemand, ob Mann oder Frau, ist einem unbeugsamen Dogmatismus unterworfen. Darin unterscheiden wir uns Freisinnigen von anderen Parteien. Das führt denn auch dazu, dass die internen Auseinandersetzungen über den einzuschlagenden Kurs, über das Ausmass des liberalen Verständnisses offener und beherzter geführt werden. Dies führt zu divergierenden Meinungen, zu unterschiedlichen Ansichten. Das Einstehen für das liberale Gedankengut verlangt aber auch Toleranz, Toleranz gegenüber jenen, die eine andere Meinung vertreten. Dies kann aber nicht so weit gehen, dass alle Positionen übernommen werden können. Und wenn es zu Mehrheitsentscheiden kommen muss, wie beispielsweise bei der Nominierung von Kandi-

Frauen in den kantonalen Parlamenten nach Parteizugehörigkeit

SP	83
FDP	67
CVP	63
POCH/PSA/PdA	23
Lib.	19
LdU	13
SVP	11
EVP	9
div.	9

Tendenz aufgrund der Wahlen im Frühling dieses Jahres in den Kantonen ZH, LU, BL, GR und TI: FDP +5, POCH +4, LdU +4, div. +1, SVP, Lib., EVP, CVP keine Veränderung, SP -5.

daten, dann sind auch hier die Regeln der Demokratie zu respektieren. Und dies gilt für alle, für jene, die unterliegen, wie aber auch für jene, die den Unterlegenen ihre Unterstützung haben angeeignet lassen. Wer Mehrheitsentscheide nicht akzeptieren kann, die nach einer offenen und breit geführten Aussprache zustande kamen, verletzt Grundregeln der Toleranz und steht damit im Widerspruch zum liberalen Gedankengut.

Die Freisinnigen haben die Frauen immer noch gern

Mit der Aussage «Wir Freisinnigen haben die Frauen gern» bekundete unsere Partei seinerzeit ihre Unterstützung für das Frauenstimm- und -wahlrecht. An dieser Tatsache hat sich bis heute — für die vielen engagierten Frauen innerhalb der FDP wie für die männlichen Mitglieder — nichts geändert, ungeachtet gelegentlicher Meinungsverschiedenheiten. Unsere politische Handlungsweise wird auch weiterhin durch die Suche nach einvernehmlichen Lösungen geprägt sein.

Parti radical et politique féminine: Pas d'intégration sans responsabilités

La nécessité, pour les femmes d'avoir aujourd'hui leur mot à dire dans la politique, n'est plus à démontrer. L'intérêt de la situation tient au fait non qu'elles sont devenues des partenaires à part entière, mais que d'une certaine manière leur approche de la politique, la vue qu'elles en ont, sont différentes.

Cet aspect particulier est apparu également à l'occasion des études effectuées par le groupe de travail «Femme et politique» de Parti radical-démocratique suisse (PRD). Les problèmes que ce groupe s'est attaché à élucider sont ceux qui touchent plus spécifiquement les femmes, de près ou de loin, et qui doivent être précisément résolus par elles. Les solutions proposées ont en outre ceci de particulier qu'elles ont été conçues par des femmes venues des quatre parties de la Suisse, avec tout ce que la diversité de notre pays peut apporter d'enrichissant.

Radicales, les membres du groupe ont voulu placer au premier plan de leurs préoccupations le principe selon lequel il importe d'affirmer dans la société actuelle les valeurs qui font la dignité de l'être humain et garantissent sa liberté. Dans le domaine de la politique féminine, elles ont appliqué ce principe en fonction de leur expérience pratique, et souhaitent avoir ainsi donné à la pensée radicale une dimension supplémentaire, à la fois nouvelle et utile.

Ceci nous amène à l'idée de l'intégration des femmes dans la société à laquelle elles souhaitent fournir leur apport. Reconnaissons-le: c'est d'intégration que nous devons oser parler, si nous voulons atteindre les buts qui sont les nôtres. Le problème est celui d'un choix à effectuer dans sa propre vie, selon ses goûts et ses capacités, avec toutes les différences qu'il y a de l'une à l'autre d'entre nous, sur de tels plans. Nous devons tenir compte de cette diversité initiale,

indépendamment de l'égalité des droits politiques et juridiques désormais proclamée, comme de l'égalité des devoirs qu'implique l'égalité des droits. Toutes les inégalités n'ont pas encore disparu depuis le 14 juin 1981, elles ne seront pas toujours effacées en faveur des femmes, et nous en sommes conscientes. Le groupe de travail insiste, lui, sur l'égalité dans la responsabilité, sur l'égalité des chances — cela va de soi — et sur l'égalité dans la vie économique et sociale. A nos yeux, il ne devrait plus exister de métier auquel la femme ne peut avoir accès, à l'exception de ceux pour quoi seule compte une force physique particulière.

L'égalité, nous la voulons, mais pas au détriment du milieu familial, et nous encourageons les formes de travail individuel permettant aux parents de remplir leur rôle d'éducateurs et d'exercer les responsabilités qui s'y attachent. Dans un contexte proche, l'intégration est aussi la réinsertion dans l'économie de la femme qui s'est consacrée à son foyer et à ses enfants durant un certain nombre d'années, puis se retrouve à disposition de ses semblables. Favoriser les conditions de cette réintégration constitue un objectif particulièrement important, tant il est vrai que la catégorie de femmes intéressées possède une expérience et un sens des responsabilités que n'ont pas encore atteint des personnes plus jeunes. Nous attirons l'attention sur le fait que l'âge ne doit pas représenter une limite en matière d'engagement professionnel.

Répétons-le pour conclure: selon l'avis du groupe de travail «Femme et politique», l'intégration de la femme ne saurait se réaliser sans que celle-ci prenne des responsabilités dans la société.

Geneviève Aubry
Conseillère nationale
Tavannes (BE)

FDP: Sozialcharta bleibt unannehmbar

Unterstellung unter das fakultative Referendum gefordert

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) kommt nach Abwägen der Vor- und Nachteile sowie der zahlreichen Imponderabilien zum Schluss, dass die Schweiz angesichts der zahlreichen Vorbehalte und Interpretationsmöglichkeiten die Europäische Sozialcharta nicht unterzeichnen kann. Sollten die eidgenössischen Räte dem Ratifizierungsantrag des Bundesrates beipflichten, so erwartet die Partei, dass das Vertragswerk dem fakultativen Referendum unterstellt wird.

Gegen eine Ratifikation hatte sich die FDP bereits im Vernehmlassungsverfahren geäußert. Die dabei angemeldeten Bedenken und Vorbehalte konnte die Landesregierung nach Ansicht der Partei nicht bereinigen, wie auch die zahlreichen offenen Fragen nicht oder nur ungenügend beantwortet wurden.

Für die FDP sind einzelne Bestimmungen der Sozialcharta und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen unbestimmt und lassen sich in ihrer Tragweite kaum zuverlässig abschätzen. Bedenken äussert sie auch, weil der offene

Charakter, die unklare Rechtsnatur und die Terminologie der Sozialcharta im Widerspruch zur bekannten und traditionellen Gewissenhaftigkeit der Schweiz in der Befolgung internationaler Vereinbarungen und Konventionen stehen. Der unklare rechtliche Stellenwert von Zusatzprotokollen und Interpretationserklärungen zum Vertragswerk legen nach Auffassung der Partei eine reservierte Haltung zur Sozialcharta nahe.

Zudem steht die Schweiz in sozialer Hinsicht im internationalen Vergleich an der Spitze. Der soziale Stand eines Landes lässt sich jedoch in keiner Hinsicht an der Zahl der ratifizierten Bestimmungen messen. Die FDP unterstützt die Bestrebungen, den sozialen Rechtsstaat, der bereits heute in sehr weitgehendem Masse verwirklicht ist, zu konsolidieren und gezielte Leistungsverbesserungen vorzunehmen. Sie lehnt es jedoch ab, mit der Unterzeichnung der Sozialcharta ein Werkzeug zur Durchsetzung fragwürdiger sozialpolitischer Forderungen im Inland zu schaffen.

Je länger, je meh FDP!



Senden Sie mir ... Ex. der obenerwähnten «Politischen Rundschau» mit dem Bericht «Freisinnige Frauenpolitik». Den Betrag von fünf Franken je Exemplar werde ich nach Erhalt mit dem der Sendung beiliegenden Einzahlungsschein überweisen.

Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Bitte einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

Aufruf

zur Teilnahme an der

Wahlkundgebung

der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP)

am 10. September in Burgdorf

Einladung

Sehr geehrte Damen
und Herren
Liebe Parteifreunde

Nach einem Unterbruch führte die FDP der Schweiz vor vier Jahren wiederum im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen eine nationale Wahlkundgebung durch. Wir wagen etwas skeptisch, ob die Freisinnigen den Weg nach Brunnen, dem Tagungsort, finden würden. Doch wurden wir bestärkt: Gegen 1000 Freisinnige aus allen Landesteilen fanden sich im Vierwaldstätterseedorf ein. So wurde die Wahlkundgebung zu einem vollen Erfolg und für die Teilnehmer zu einem bleibenden Erlebnis.

Auf Grund dieses positiven Ergebnisses und der Überzeugung, dass alle jene, die in Brunnen dabei waren, auch an der nächsten Wahlkundgebung teilnehmen würden, entschlossen wir uns, 1983 vor den eidgenössischen Wahlen wiederum einen nationalen Grossanlass durchzuführen. Er findet am 10. September — für alle zentral gelegen — in Burgdorf statt. Nun hoffen wir, dass diesmal noch mehr Freisinnige gemeinsam für ihre liberale Sache demonstrieren und bezeugen, dass die Freisinnigen, deren Vorfahren unseren Staat begründet haben, auch heute noch aktiv an seiner Gestaltung mitarbeiten und die Zukunft für alle freiheitlich gestalten wollen.

Wir appellieren an Sie: Kommen Sie nach Burgdorf mit Ihren Angehörigen und Ihren Freunden. Zeigen Sie mit uns der schweizerischen Öffentlichkeit, dass die liberalen Kräfte in diesem Lande noch lebendig sind und dass es die grosse schweizerische FDP-Familie tatsächlich gibt.

Wir danken Ihnen für Ihre Teilnahme schon heute sehr und freuen uns darauf, Sie in Burgdorf unter uns begrüssen zu dürfen.

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Der Präsident:
Yann RichterDer Generalsekretär:
H. R. Leuenberger

Fahrplan

Chur Zürich umsteigen Zürich Burgdorf	ab 07.16 an 08.47	Schaffhausen Zürich umsteigen Zürich Burgdorf	ab 08.03 an 08.44	Frauenfeld Zürich umsteigen Zürich Burgdorf	ab 08.08 an 08.47	St. Gallen Gossau Wil Winterthur Burgdorf	ab 07.40* ab 07.48* ab 08.04* ab 08.25* an 09.55*
---	----------------------	---	----------------------	---	----------------------	---	---

* Bitte beachten: Der Intercity Nr. 116 (Zürich ab 09.00) hält ausnahmsweise in Burgdorf

Basel Liestal Olten Olten Burgdorf	ab 08.25 ab 08.42 an 09.09 ab 09.17 an 09.46	Baden Aarau Olten Langenthal Burgdorf	ab 08.42 ab 09.05 ab 09.17 ab 09.29 an 09.46	Luzern Olten Olten Burgdorf	ab 08.01 an 09.06 ab 09.17 an 09.46	Solothurn Burgdorf	ab 09.16 an 09.42
--	--	---	--	--------------------------------------	--	-----------------------	----------------------

Für Teilnehmer aus dem Berner Oberland wird ein Extrazug vorbereitet ab Thun via Konolfingen — Hasel-Rüegsau — Burgdorf. Bitte Fahrplan in der September-Ausgabe des «Berner Freisinns» beachten!

Rückfahrt: Dank Taktfahrplan stündliche Verbindungen in alle Richtungen.
Billette können individuell oder gruppenweise gelöst werden.

Auf Grund der Anmeldungen werden Wagen reserviert; bitte Lautsprecheransagen auf den Abfahrtsbahnhöfen beachten.

Parkplätze: Für Automobilisten stehen genügend Parkplätze auf der Schützenmatte neben der Markthalle zur Verfügung. Bitte jedoch am Umzug teilnehmen (Distanz Parkplatz — Bahnhof 1 km).
Transport Markthalle — Bahnhof: Ab 16.00 Bus-Pendelverkehr zum Bahnhof.

Programm

- ab 9.40 Ankunft der fahrplanmässigen sowie der Extrazüge aus allen Richtungen in Burgdorf
- 10.00 Umzug durch Burgdorf zur Markthalle
- 10.45 Politische Manifestation
Begrüssung
Kurzreferate zu den Schwerpunkten freisinniger Politik von
— Ständerat Arthur Hänsenberger, Oberdiessbach BE
— Nationalrätin Elisabeth Kopp, Zumikon ZH
— Staatsrat Robert Ducret, Genf
Ansprache von
— Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich
Schlusswort von
— Bundesrat
Georges-André Chevallaz

- 12.30 Mittagessen
- ab 14.00 Unterhaltungsprogramm für gross und klein

Max Rüeger präsentiert:
— Big Band der Stadtmusik Zürich
— First Harmonic Brass Band
— The Veteranians
— Orchester Beny Rehmann

Ferner wirken mit:

- Stadtmusik Burgdorf
- Brass Band Mühledorf SO (FDP-Musik)
- «Union» de Vétroz VS (FDP-Musik)

Tanz

Freier Ausklang

Günstige Rückfahrmöglichkeiten stündlich dank Taktfahrplan in alle Richtungen.

In der Festkarte von nur 25 Franken (Kinder 12 Franken) ist nicht nur eine reichhaltige Bernerplatte zum Zmittag inbegriffen, sondern auch zahlreiche Überraschungen sowie Unterhaltung für jung und alt. — Die Festkarte wird in den Zügen und am Eingang zur Markthalle verkauft.

Anmeldetalon

Ja, wir kommen auch zur grossen FDP-Wahlkundgebung am 10. September nach Burgdorf. Wir sind ... Erwachsene und ... Kinder.

- Wir benützen die Bahn
- Wir fahren mit dem Auto
- Zutreffendes bitte ankreuzen

Name _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Bitte raschmöglichst einsenden, spätestens jedoch bis 5. September. Danke!

FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Vermögensverwaltung und Beratung für private und institutionelle Anleger

JVONTOBEL & CO.

Bankiers

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01 488 7111
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Die «Zielsetzungen 83/87» der FDP der Schweiz

Konkret, klar — und manchmal unpopulär

Anfang Mai verabschiedeten die Delegierten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) in Weinfelden die «Zielsetzungen 83/87», die die Marschroute in aktuellen eidgenössischen Fragen für die FDP in der bevorstehenden Legislaturperiode aufzeigen. Nationalrat Dr. Bruno Hunziker, Präsident der Programmkommission, nahm an einer Pressekonferenz in Bern, an der die auf Grund der in Weinfelden geführten Diskussion bereinigten «Zielsetzungen 83/87» präsentiert wurden, wie folgt zu einigen Kommentaren Stellung und zeigte auf, dass das FDP-Programm konkret, klar und manchmal unpopulär ist:

Viele Kommentatoren bezeichnen die «Zielsetzungen 83/87» als nüchtern, realistisch und bürgerlich. Sie streichen vor allem ein zentrales Anliegen der FDP heraus: Mehr Eigenverantwortung, Selbsthilfe, Do-it-yourself. Nicht der Wirtschaft falsch konzipierte und von ihr abgelehnte «Unterstützung» aufzwingen. Dass auch kritische, teils negative Stimmen zum Ausdruck kamen, sei nicht verborgen und ist in unserem Vielparteienstaat nicht verwunderlich. Da wird auch erklärt, der Slogan «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat» sei kalter Kaffee. Wer an politischen Veranstaltungen teilnimmt, das Ohr am Volk hat und die kantonalen Wahlergebnisse seit den letzten eidgenössischen Wahlen analysiert, kommt zu einem ganz anderen Schluss. Der freisinnige Ruf wird von immer mehr Bürgern getragen. Das Fundament dafür ist breiter und stärker geworden. Die Wahlerfolge in den Kantonen sind nicht einfach vom Himmel heruntergefallen, sie sind Ausdruck der Zustimmung zu den grundsätzlichen Stossrichtungen der FDP

Heissen Fragen nicht ausgewichen

Wenn man die kritischen Kommentare in der Presse und den elektronischen Medien verfolgt, dann wird die Meinung, die FDP sei den heissen Fragen ausgewichen, durchwegs an den gleichen drei Beispielen illustriert: Schwangerschaftsabbruch, Uno-

Beitritt, einheitlicher Schulbeginn.

Glücklich eine Partei, der gegenüber der Vorwurf, sie weiche klaren Stellungsbezügen aus, bloss an diesen drei Fällen exemplifiziert werden kann. Sind das wirklich die entscheidenden Fragen, die unser Volk bewegen? Kommt ihnen besonderer ideologischer Gehalt zu? Mir scheint, es seien Geschäfte, für die aus liberaler Sicht nicht nur eine einzige Antwort in Frage kommt.

Verschiedene Kommentare gehen in die Details und greifen aktuelle und bedeutungsvolle politische Fragen heraus, bei denen die Partei konkrete, klare und manchmal auch unpopuläre Aussagen macht. Hier einige Beispiele:

● In der Personalpolitik der öffentlichen Hand soll die Leistungskomponente mehr betont werden.

● Bei der Einführung technischer Neuerungen am Arbeitsplatz soll der Arbeitnehmer mitwirken können und für die neuen Anforderungen geschult werden.

● Klare Absage an eine staatliche Wirtschaftspolitik, die sich durch reine Betriebsamkeit und Aktivismus auszeichnet. Eindeutig gegen Innovationsrisikogarantie. Regionalpolitik ja, aber subsidiär und ohne ordnungspolitisch fragwürdige Instrumente.

● Klares Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft.

● Beim Umweltschutz klare und konkrete Aussagen. Für einfache

Fortsetzung auf Seite 7

Schwerpunkte freisinniger Politik

Von Nationalrat Ulrich Bremi, Zollikon ZH

Mit zehn Schwerpunkten charakterisieren wir die freisinnige Position in dieser Zeit. Wir greifen dabei Gegenwartsfragen auf, die sich jedem Schweizer stellen, nicht nur unserem Staat. Wir wenden uns deshalb vor allem an jeden Einzelnen und fordern ihn auf, am Zusammenleben in unserem Land mitzuwirken. Im Gegensatz zu anderen Parteien stellen wir also nicht nur Forderungen an Bund, Kantone und Gemeinden. Darin liegt das Schwergewicht unserer Schwerpunktaussagen und gleichzeitig auch das Unterscheidende zu allen anderen Parteiprogrammen.

● Mehr Freiheit und Selbstverantwortung — weniger Staat

«Verantwortung tragen» heisst für uns nicht Machtansprüche stellen oder Belastungen erdulden, sondern selber Initiativen ergreifen und aktiv werden. Das setzt zweierlei voraus: Eine gezielte, konsequente Erweiterung der privaten Handlungsfreiräume und eine Stärkung des Selbstvertrauens, der Motivation, der Freude am Handeln. Wir stellen dieses Postulat, mit dem sich so viele Bürger identifizieren und das deshalb für freisinnige Politiker zu einem drängenden Wählerauftrag geworden ist, an die Spitze.

● Toleranz und Gemeinsinn statt Gruppenegoismus

Unser Land besteht politisch, sozial, kulturell und wirtschaftlich weitgehend aus Minderheiten, und wir sind international eine Minderheit. Deshalb haben wir wertvolle Erfahrung im Umgang mit Minderheiten. Dieses für uns lebenswichtige Instrument kann aber auch dadurch in Frage gestellt werden, dass Minderheiten unsere demokratische Ordnung nur so lange anerkennen, als sie ihre Ansprüche durchsetzen können. Dagegen wehren wir uns. Minderheitenschutz setzt Toleranz und Gemeinsinn voraus.

● Frieden und Freiheit in einer Welt der Gewalt

Kein Mensch glaubt, die Schweiz bedrohe den Frieden. Wir gelten international als Land des Friedens. Diese Achtung haben wir uns durch eine über Jahrzehnte andauernde konsequente Politik der Solidarität, des Spannungsabbaus und des uneingeschränkten

Selbstverteidigungswillens erworben. Wir werden das nicht aufs Spiel setzen. Die gut ausgerüstete Armee ist und bleibt — neben einer Politik der Neutralität und Solidarität — für uns ein Mittel zur Friedenssicherung.

Umweltschutz — die Herausforderung der Zeit

Wir sind bestrebt, das Spannungsfeld zwischen Industrie und Umweltschutz abzubauen. Dabei haben wir die Hürde zu bezwingen, dass sich jeder mit seinem eigenen Spannungsfeld von Umweltbelastung und Lebensstil auseinandersetzen hat. Lärmvermeidung, Massnahmen gegen die Luftverschmutzung, Abfallverringerung, Energieeinsparung beinhalten Verzicht- oder auch Finanzleistungen, die letztlich nicht der Staat, sondern jeder Einzelne zu erbringen hat.

● Rechtsstaat — Sicherheit für alle

Rechtssicherheit gewähren wir nicht durch mehr und neue Gesetze, sondern durch eine massvolle, überblickbare, für jeden verständliche Gesetzgebung. Dazu gehören auch fristgerecht arbeitende Gerichte. Schwere Verständlichkeit der Erlasse und Ueberlastung der Gerichtsinstanzen sind Sünden, die es zu beheben gilt. Ebenso treten wir auch entschieden für die Wahrung unserer Rechtsordnung ein.

● Eigenständige Kantone und Gemeinden

Wer sich wirklich für den Föderalismus einsetzt, muss auch bereit sein, auf demokratischem Wege entstandene ungleiche Lösungen innerhalb unseres Landes zu akzeptieren. An dieser Bereitschaft wird sich die Arbeit der «Aufgabenteilung» schliesslich entscheiden. Wir Freisinnigen erkennen, dass an sich gleiche Probleme in den verschiedenen Kantonen unterschiedlich beurteilt und gelöst werden können. Wir sehen in der föderalistischen Ungleichheit auch die Chance, individuelle Massarbeit leisten zu können. Darin unterscheiden wir uns zunehmend von anderen.

● Vertrauen in die Wirtschaft — Kampf der Rezession
Vollbeschäftigung setzt eine gute Zusammenarbeit zwischen den Sozialpartnern voraus.

Ebenso ein Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, wobei jeder in seinem Bereich mehr leisten muss und keiner in den Partnerbereich direkt eingreifen soll. Was wir vom Staat unter dem programmatischen Stichwort der Rahmenbedingungen erwarten, werden wir in kurzer Zeit konkretisieren. Und an die Wirtschaft appellieren wir, sich bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme voll zu engagieren.

● Soziale Sicherheit auch morgen

Der Staat hat in den letzten Jahren viel geleistet für die soziale Sicherheit. Wir wollen die versprochenen Leistungen langfristig sichern und sie ergänzen durch die private Vorsorge (beispielsweise über die Eigentumsbildung) und die Bewältigung der menschlichen Probleme des Alters. Auch das ist ein Schwerpunkt freisinniger Politik, der sich primär an den Einzelnen richtet.

● Sichere und umweltgerechte Energieversorgung

Energiesparen ist sowohl ein Umwelt- wie auch ein Investitionsprogramm. Darüber hinaus ist Energie für uns ein empfindlicher Lebensnerv, der die Beschäftigungslage, die Selbstständigkeit und die Wohlfahrt betrifft. Wir wollen mit diesem Lebensnerv nicht Gesellschaftspolitik betreiben, sondern sachliche Probleme fristgerecht lösen. Hier stehen wir in den nächsten vier Jahren in einer ganz besonderen Verantwortung in der Lösung von Zielkonflikten.

● Kampf dem Steuerdruck

Wir Freisinnigen wollen einen finanziell gesunden Staat, denn nur dieser kann die ihm übertragenen Aufgaben erfüllen. Wir wehren uns aber dagegen, dass der Bundeshaushalt nur über die Einnahmenseite ausgeglichen wird. «Kein neuer Steuerdruck» — diese Forderung ist unsere Bereitschaft zu konsequenteren Sparanstrengungen. Entscheidungsgrundlagen liegen mittlerweile zur Genüge vor. Wir Freisinnigen haben den politischen Willen, die Haushaltsanierung auf diesem Weg endlich auch zu realisieren.

Zu diesen zehn Schwerpunkten bekennen wir uns, und wir sind bereit, uns von unseren Wählern auch daran messen zu lassen.

Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück/Fr. 8.50.—

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam mélangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.



Cigarros Autenticos.

Fortsetzung von Seite 6

Lösungen und auch Verantwortung des Einzelnen.

• Fünf Ferienwochen für Lehrlinge.

• Für einen Zivildienst im Rahmen der Gesamtverteidigung, aber nur aus ethischen und religiösen Gründen.

• Bei der Energie wird kein Bogen um die heissen Fragen der Kernenergie gemacht. Keine sophistischen Verkläuerungen.

• In der Finanz- und Steuerpolitik werden eindeutige Vorstellungen und Forderungen bekanntgegeben:

Stopp der zunehmenden Steuerbelastung, weitere Sparmassnahmen und Personalplafonierungen, Ausmerzungen der kalten Progression, strukturelle Revision der Wust, Ja zu einer realistisch konzipierten Schwerverkehrssteuer und zur Energie-Wust.

• Wir befürworten einen Mutter-schaftsschutz, den wir genau präzisieren.

• In der Arbeitszeitfrage treten wir ein für eine den wirtschaftlichen Gegebenheiten und den Produktivitätsfortschritten Rechnung tragende Reduktion der Arbeitszeit durch Vereinbarung der Sozialpartner.

Die FDP ist bestrebt, in der neuen Legislaturperiode eine konsequente Politik der Weiterentwicklung des liberalen Bundesstaates zu vertreten. Sie hat deshalb keine schillernden und dadurch bürgerfremden und utopischen Postulate auf ihre Fahne geschrieben. Was wir wollen, ist die Gewährleistung einer staatlichen Ordnung, in der sich für alle in Sicherheit leben lässt, in der jede Frau ihre und jeder Mann seine Verantwortung trägt und die jedem Einzelnen den grösstmöglichen Freiraum gewährt.

Introduction

Die Partnerwahl für Anspruchsvolle seit 1956.

Frau M. Th. Kläy
Neugasse 45, 3001 Bern
Telefon 031/22 21 12

Verbindungen zur BRD, zu Österreich, Skandinavien, Kanada und den USA.
Agentur in Australien.

Verlangen Sie die Unterlagen.
Kein Vertreterbesuch.

Public Relations sind zu wichtig, um sie einfach irgendwem zu überlassen.

Sprechen Sie doch einmal mit einer BPRA-Agentur:

apra AG für Public Relations, 8700 Küsnacht;
Dr. Rudolf Farner Public Relations Agentur, 8001 Zürich;
Gisler & Gisler/BBDO, AG für Werbung und Public Relations, 8034 Zürich;
Dr. Dieter Jäggi AG Public Relations, 3000 Bern 15;
PRW Public Relations + Werbe AG, 8032 Zürich;
TER Toby E. Rodos Consultants, Internationale Public Relations, 4052 Basel;
Karl F. Schneider AG Public Relations, 8049 Zürich.



Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.

Wir besorgen alle Arbeiten, die für Sie als Bauherr anfallen - wie ein Geschäftsführer auf Zeit.

Spaltenstein

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TELEFON 01 316 13 00

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.



Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläger oder Eisenwarenhändler.

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

OSTSCHWEIZ

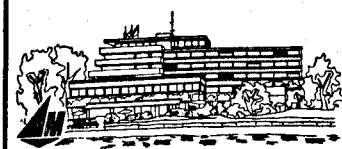
Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre



Grill-Room • Rôtisserie

P. Musa-Emilsson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77136

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool • Sauna • Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)
Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen



St. Jakobskellerer SCHULER & CIEAG SCHWYZ + LUZERN

Mit diesem Kontakt-Werbemittel werden Sie im kommenden

Wahlkampf erfolgreich sein:

Ihre individuelle Werbe-Karte für die Wahlen 1983



Exklusiv für Kandidatinnen und Kandidaten der FDP in der ganzen Schweiz.

Für die individuelle Ausgestaltung Ihres persönlichen Wahlkampfes ist diese Werbekarte ein Medium, das bei den Empfängern gut ankommt. In Bild und Wort sagen Sie damit das Wesentliche über sich aus und dokumentieren, dass Sie offiziell für die FDP kandidieren.

Vielseitige Einsatzmöglichkeiten:

An Veranstaltungen, am Arbeitsplatz, bei Freunden und Bekannten, als adressierte Direktwerbung per Post, als Beilage in Zeitungen. Während des Wahlkampfes: Verteilung durch Sie und Ihre Wahlhelfer an Passanten, als Beilage bei Aussendungen Ihrer Partei an die Mitglieder.

Gestaltung und Kosten:

Wir sorgen als beauftragte Werbeagentur der FDP dafür, dass Sie mit dieser Karte ein starkes und grafisch wirksames Werbemittel zu sehr günstigen Konditionen bekommen. Günstiger als vergleichbare andere Offerten!

Termine:

Wenn Ihre definitive Bestellung samt Text und Bild **nicht später als bis zum 19. August** erfolgt, sind die Karten ab **15. September 1983** verfügbar. Also noch rechtzeitig für die eigentliche Wahlkampf-Phase.

Auf der Vorderseite ist Ihr farbiges Porträt.

Ab Ihrem Diapositiv oder Farbvergrößerung reproduzieren wir das Bild zentral und kostengünstig. Unterhalb des Bildes befindet sich Ihre Aussage in Sloganform sowie das starke FDP-Erscheinungsbild in den Farben blau/rot.

Auf der Rückseite

ist Ihre persönliche Werbebotschaft gedruckt, samt Ihrer Unterschrift. Genügend leerer Raum für Adresse oder handschriftliche Vermerke ist vorhanden.

Informationscoupon

Das Kontaktwerbemittel «FDP-Kandidatenwerbekarte» interessiert mich.

Bitte senden Sie mir umgehend die technischen Unterlagen, damit ich das Nötige für Sie zusammenstellen kann.

Bitte reservieren Sie vorsorglich meinen Auftrag für Ihre Produktion. Über Auflage und Einzelheiten werden wir uns aufgrund Ihrer technischen Unterlagen einigen.

= Gewünschtes bitte ankreuzen

Name, Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. Privat: _____

Tel.-Nr. Geschäft: _____

Bitte diesen Coupon in Blockschrift ausfüllen und **sofort** in frankiertem Couvert einsenden an:
Bolleter & Bolleter,
Werbeagentur BSW, Postfach 61,
8702 Zollikon-Station



Bolleter & Bolleter
Werbeagentur BSW
Postfach 61
8702 Zollikon-Station
Tel. 01/391 57 57

in Zusammenarbeit mit



Vontobel-Druck AG
8706 Feldmeilen

... die Werbeagentur der FDP der Schweiz

Rüstungsbeschaffung
nach anderen als nur militärischen Kriterien?

Glaubwürdigkeit der Armee nicht aufs Spiel setzen!

Die Probleme, mit denen sich das Eidgenössische Militärdepartement (EMD) derzeit auf dem Sektor der materiellen Kriegsbereitschaft konfrontiert sieht, lassen sich auf einen bündigen Nenner bringen: «Zu viele Projekte, zu wenig Geld». Diese Diagnose stellt Dr. Oskar Fritschi (Wetzikon), Chefredaktor des «Zürcher Oberländers» und Mitglied des Ausschusses für Militärpolitik der FDP der Schweiz:

An der Feststellung «Zu viele Projekte, zu wenig Geld» ändert auch die Tatsache nichts, dass das Rüstungsprogramm 1983, das in der bevorstehenden Herbstsession zur Beratung ansteht, einen Gesamtbetrag von nicht weniger als 1,4 Milliarden Franken ausweist. Denn ein Ja der eidgenössischen Räte zum erwähnten Verpflichtungskredit bedeutet erst, dass das Parlament die Ausrüstung der Armee mit den beantragten Rüstungsgütern für sinnvoll hält. Wann die Beschaffung erfolgen kann, hängt von den Zahlungskrediten ab, die auf Grund des jährlichen Budgets zur Verfügung stehen.

«Landgraf, werde hart!»

Diese Zahlungskredite reichen indessen je länger, je weniger aus, um die eingegangenen oder noch geplanten Verpflichtungen zu erfüllen. Auf dem in der helvetischen Politik offenbar nicht mehr unüblichen Weg über eine Indiskretion wurde die Öffentlichkeit vor einiger Zeit gar mit der Nachricht konfrontiert, dass die Finanzplanung für die Rüstungsbeschaffung recht eigentlich am Zusammenbrechen sei. Gefährdet sei insbesondere die Einführung eines neuen Kampfpanzers, und ein neues Jagdflugzeug entschwände gar bis in die neunziger Jahre völlig am finanziellen Horizont. Die Entgegnung des EMD hielt zwar fest, das als Grundlage des Berichtes dienende, damals erst wenige Wochen alte Dokument des Unterstabschefs Planung sei bereits wieder überholt, doch wurde der beunruhigende Befund grundsätzlich nicht in Abrede gestellt.

Was ist angesichts dieser ungemütlichen Situation zu tun? Sicher wird man der Landesregierung immer wieder ein «Landgraf, werde hart!» zurufen müssen, wenn sie wieder einmal der Versuchung zu erliegen droht, der Ebbe in der Bundeskasse auf Kosten einer glaubwürdigen Landesverteidigung abzuweichen. Andererseits dürfen sich Forderungen

nicht nur nach aussen, sondern müssen sich auch nach innen — an die Adresse des EMD — richten. Die Vorgabe ist dabei klar: Je knapper das Geld ist, desto zielgerichteter muss es eingesetzt werden. Es bedarf zum einen klarer Vorstellungen über die Prioritäten — und zum anderen müssen diese Prioritäten auch sachlich richtig sein!

Schwerpunktprogramm liegt vor

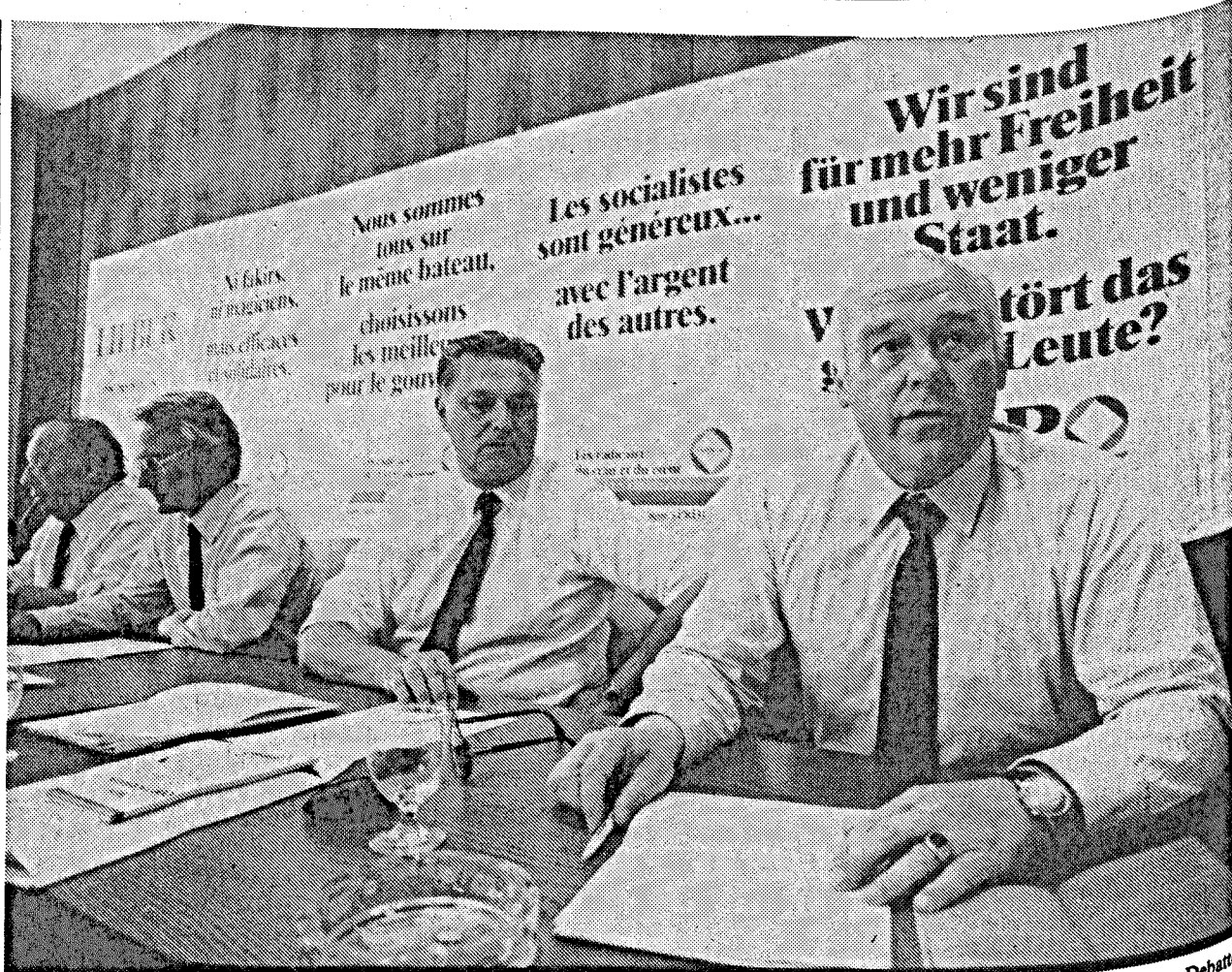
Was die Festlegung von Prioritäten anbetrifft, ist Erfreuliches zu vermelden. Der durch die erwähnte Indiskretion aufgeschreckten Militärkommission legte Bundesrat Chevallaz in der



letzten Woche der Sommersession nämlich erstmals ein Programm vor, das deutliche Schwerpunkte setzt.

Danach sollen im Ausbauschritt 1984–87 des neuen Armeeleitbildes im wesentlichen vier Beschaffungsprogramme zur Durchführung gelangen:

● Mit dem Rüstungsprogramm 1984 wird die Einführung des neuen Kampfpanzers beantragt. (Damit steht auch fest, dass die Wahl auf den «Leopard 2»



Auf ein lebhaftes Echo stiessen in den Medien die «Schwerpunkte freisinniger Politik», die zusammen mit den auf Grund der Debatte am Parteitag von Anfang Mai in Weinfelden bereinigten «Zielsetzungen 83/87» den Journalisten an einer Pressekonferenz in Bern erläutert wurden (siehe Seiten 6 und 7). Von seiten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) nahmen an diesem Anlass teil (v. l. n. r.) Generalsekretär Hans Rudolf Leuenberger, Nationalrat Dr. Bruno Hunziker (Aarau), Parteipräsident Yvan Richter sowie Nationalrat Ulrich Bremi (Zollikon/ZH). (Photo ruti)

fällt, da der amerikanische Panzer «M-1» im nächsten Jahr nach den Kriterien des schweizerischen Pflichtenheftes — 12-Zentimeter-Kanone — noch nicht beschaffungsreif ist.)

● Ebenfalls im nächstjährigen Rüstungsprogramm wird ein Beschaffungsantrag für die Panzerabwehr auf Regimentsstufe enthalten sein (Tow auf einem Piranha-Chassis der Mowag-Werke).

● Noch ohne zu wissen, in welchem Rüstungsprogramm, und ohne dass die Evaluation abgeschlossen wäre, will das EMD bis 1987 ferner eine erste Tranche von Kampfhelikoptern beantragen.

● Schliesslich soll in den nächsten vier Jahren die Serienfabrikation für das Sturmgewehr 90 mit Kaliber 5,6 Millimeter anlaufen.

Mit dieser Festlegung ist einiges geklärt worden. So steht jetzt beispielsweise fest, dass von einer fünften Serie von Panzern 68, vom Retrofitprogramm für Centurions und — zumindest bis 1987 — von Massnahmen zur Kampfwertsteigerung des Panzers 68 nicht die Rede ist. Dass eine Prioritätenliste, an der es eigentlich nichts mehr zu deuteln geben sollte, auch öffentlich bekanntgegeben worden ist; liegt zweifellos im Interesse eines optimalen Einsatzes der Mittel.

Zweitrangiges blockiert Dringliches

Bleibt noch die Frage: Sind die Prioritäten auch sachlich richtig? In diesem Punkt fällt eine Antwort weniger frohgestimmt aus. Es lässt sich nämlich nicht von der Hand weisen, dass bei den Investitionen für die materielle Kriegsbereitschaft in letzter Zeit einige Sündenfälle vorgekommen sind. Zweitrangiges wurde angeschafft und blockierte damit Projekte der ersten Dringlichkeit.

Der Auftrag für doch wohl nicht «kriegsentscheidende» Trikotleibchen, seinerseits im Interesse der rezessionsgeplagten Textilindustrie beschlossen, mochte angesichts des verhältnismässig bescheidenen Betrages von 30 Millionen Franken noch als lässliche Sünde gelten. Der in erster Linie zur Unterstützung der Firma Saurer getätigte Lastwagenkauf bindet bereits das Zehnfache dieser Summe und beschlägt ebenfalls Material, dem militärisch gesehen nicht erste Priorität zukommt: Lastwagen könnten in einem Ernstfall in grosser Zahl requiriert werden,

kaum aber Kanonen und Panzer...

Vorbehalte sind auch gegenüber der vorgesehenen Sturmgewehrbeschaffung, obgleich auf den ersten Blick am ehesten auf der Hand liegendes militärisches Material betreffend, anzubringen. Zweifellos spielen neben dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung bei der zum Zuge gekommenen Firma auch politisch-psychologische Gründe eine Rolle, dem Wehrmann eine moderne individuelle Waffe in die Hand zu geben. Aber Hunderte von Millionen Franken für ein Gewehr zu reservieren — «Panzeranklopfgerät» heisst es im militärischen Jargon —, das seine Bedeutung auf dem modernen Gefechtsfeld verloren hat, ist mehr als nur fragwürdig, wenn dadurch die Beschaffung von duellähnlichen Panzern oder von Kampfhelikoptern verzögert wird.

EMD darf nicht zum Diener zweier Herren werden

Die Tendenz, das EMD zum Diener zweier Herren zu machen, ist gefährlich. Rüstungsbeschaffung ist nun einmal nicht als Kompromiss zwischen militärischen Bedürfnissen und inländischer Wirtschaftshilfe möglich. Sie darf sich vielmehr nur an einem Ziel orientieren: daran, möglichst günstige Voraussetzungen für eine glaubwürdige Abwehrbereitschaft zu schaffen.

Rüstungsausgaben verlangen deswegen viel Einsicht vom Souverän, weil mit ihnen etwas erworben wird, das erst im Falle eines bewaffneten Konfliktes — von dem wir alle hoffen, dass er nie eintritt — einen Gegenwert erbringt. Solange aber nicht ein

ewiger Friede in Sicht ist, bleiben sie notwendig, wenn wird die Bundesaufgabe der Behauptung der Unabhängigkeit nach aussen nicht vernachlässigen wollen. Von bürgerlicher Seite wird den Linksparteien dann und wann — zu Recht — der Vorwurf gemacht, sie seien angesichts der Finanzklemme im Bund allzu leicht bereit, Abstriche an der Landesverteidigung zugunsten der Ausgaben für die soziale Wohlfahrt zu fordern. Dabei entfalle auf dem Gebiet der Landesverteidigung die Möglichkeit des Kompromisses; eine halbe Abwehrbereitschaft sei gar keine.

Und genau darum sind die vorhin erwähnten Sündenfälle so gefährlich: Weil sich nämlich die Argumentation, eine halbe Abwehrbereitschaft gebe es nicht, auch gegen jene Kreise richtet, welche aus wirtschaftlichen Gründen einmal für das weniger gute, aber inländische Waffensystem (Panzer 68) und das nächste Mal für eine militärisch weniger dringliche, aber einem bestimmten Wirtschaftszweig dienliche Beschaffung plädieren. Wer im Zweifel die wirtschaftlichen über die militärischen Bedürfnisse stellt, muss sich genau das gleiche wie die Exponenten der Linkspartei vorwerfen lassen: dass er die Aufgabe der Landesverteidigung nicht ernst nimmt und letztlich die Glaubwürdigkeit der Armee aufs Spiel setzt.

Berücksichtigen Sie bitte
die Inserenten
unserer Parteizeitung.

Freisinnige kämpfen für den Ausgleich der kalten Progression im Bund



Am 25./26. August wird sich die nationalrätliche Kommission und in der Herbstsession wahrscheinlich das Nationalratsplenum mit der Vorlage für den Ausgleich der kalten Progression im Bund beschäftigen. Unser Bild zeigt Mitglieder des Ausschusses des Initiativkomitees für den Ausgleich der kalten Progression während ihrer Pressekonferenz vom 16. Mai, unmittelbar vor der Einreichung der im Hintergrund sichtbaren Unterschriftenpakete bei der Bundeskanzlei. Von rechts nach links: Nationalrat Hans Georg Lüchinger (Zürich), Präsident des Initiativkomitees; Ständerat Edouard Debétaz (Lausanne), Vizepräsident; Erwin Wittker, Sekretär der Vereinigung schweizerischer Angestelltenverbände VSA; Rudolf Rohr (Würenlos AG), Geschäftsleiter des Initiativkomitees; alle vier sind Mitglieder der FDP. Nicht auf dem Bild ist das an der Pressekonferenz ebenfalls teilnehmende Ausschussmitglied Balz Horber des Initiativkomitees, stellvertretender Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, ebenfalls Mitglied der FDP.

BANK JULIUS BÄR
ZÜRICH

Vermögensverwaltung
auf individueller Basis

Zürich 01 228-51-11 London 0044 1 623-42-11
New York 001 212 949-90-44